

Stand: 30.05.2026 09:53:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/225

"Diesel-Diskussion: Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz gleichzeitig verwirklichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/225 vom 30.01.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/553 des UV vom 12.03.2019
3. Beschluss des Plenums 18/1053 vom 21.03.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 21.03.2019



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild SPD**

Diesel-Diskussion: Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz gleichzeitig verwirklichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mündlich und schriftlich darüber zu berichten, wie sie betroffenen Besitzern von Dieselautos zu ihrem Recht verhelfen möchte und mit Blick auf Gesundheits- und Umweltschutz sowie auf die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher eine Verkehrswende in Bayern verwirklichen möchte.

Eingegangen werden soll dabei besonders auf folgende Fragen:

1. Wie viele Verbraucherinnen und Verbraucher haben in Bayern bis jetzt von den diversen Umtauschprämien der Autohersteller Gebrauch gemacht?
2. Wie viele betroffene Autos sind nach Informationen der Staatsregierung nicht umgetauscht und noch in Gebrauch?
3. Was tut die Staatsregierung, um die Gerichtsurteile bezüglich Luftreinhalteplänen zu Stickoxiden umzusetzen?
4. Wie steht die Staatsregierung zur Entschädigung von betroffenen Käuferinnen und Käufern durch die Autokonzerne?
5. Ist die Staatsregierung der Auffassung, der Schutz von bayerischen Autokäuferinnen und -käufern dürfe nicht zulasten bayerischer Autokonzerne gehen?
6. Sieht die Staatsregierung negative Auswirkungen von Feinstaub und Stickoxid auf die Gesundheit und die Umwelt? Wenn ja, welche?
7. Teilt die Staatsregierung die Auffassung des Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur, Andreas Scheuer, die Debatte um nötige Grenzwerte für Stickoxide und andere Schadstoffe sei „masochistisch“?
8. Stellt die Staatsregierung den breiten wissenschaftlichen Konsens über die notwendigen Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxid und deren EU-weit festgelegte Höhe in Frage, wie dies der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Andreas Scheuer, tut?
9. Welche Rolle spielt der Verkehr in Bayern nach Meinung der Staatsregierung für den Ausstoß von Treibhausgasen?
10. Teilt die Staatsregierung die Auffassung, dass eine Verkehrswende in Bayern nötig sei? Wenn ja, wie soll diese Verkehrswende aussehen und politisch gestaltet werden?

Begründung:

Durch den „Dieselskandal“ wurden über viele Jahre hinweg Käuferinnen und Käufer von Dieselaautos mit falschen Angaben und teils gefälschten Messungen zu Schadstoffausstoß und Spritverbrauch betrogen. Den Käuferinnen und Käufern von Dieselaautos drohen nun Fahrverbote in Innenstädten, ein Wertverlust des Autos, erhöhter Kraftstoffverbrauch, mögliche Steuererhöhungen und technische Probleme durch ein angebotenes Software-Update.

Die Staatsregierung schreckt, so wird ihr vorgeworfen, vor deutlichen Schritten im Verbraucherschutz zurück, die zulasten der bayerischen Autounternehmen gehen würden.

Des Weiteren ist ein politischer Richtungswechsel der Staatsregierung in der Verkehrspolitik nicht zu erkennen. Autos und Lkw müssen sauberer werden, der Güterverkehr muss stärker von der Straße auf die Schiene und der Personenverkehr vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Personenverkehr verlagert werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Inge Aures u.a. SPD
Drs. 18/225

**Diesel-Diskussion: Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz gleichzeitig
verwirklichen**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Florian von Brunn**
Mitberichterstatter: **Benno Zierer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 6. Sitzung am 14. Februar 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 12. März 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.

Rosi Steinberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild SPD

Drs. 18/225, 18/553

Diesel-Diskussion: Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz gleichzeitig verwirklichen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mündlich und schriftlich darüber zu berichten, wie sie betroffenen Besitzern von Dieselaautos zu ihrem Recht verhelfen möchte und mit Blick auf Gesundheits- und Umweltschutz sowie auf die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher eine Verkehrswende in Bayern verwirklichen möchte.

Eingegangen werden soll dabei besonders auf folgende Fragen:

1. Wie viele Verbraucherinnen und Verbraucher haben in Bayern bis jetzt von den diversen Umtauschprämien der Autohersteller Gebrauch gemacht?
2. Wie viele betroffene Autos sind nach Informationen der Staatsregierung nicht umgetauscht und noch in Gebrauch?
3. Was tut die Staatsregierung, um die Gerichtsurteile bezüglich Luftreinhalteplänen zu Stickoxiden umzusetzen?
4. Wie steht die Staatsregierung zur Entschädigung von betroffenen Käuferinnen und Käufern durch die Autokonzerne?
5. Ist die Staatsregierung der Auffassung, der Schutz von bayerischen Autokäuferinnen und -käufern dürfe nicht zulasten bayerischer Autokonzerne gehen?
6. Sieht die Staatsregierung negative Auswirkungen von Feinstaub und Stickoxid auf die Gesundheit und die Umwelt? Wenn ja, welche?
7. Teilt die Staatsregierung die Auffassung des Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur, Andreas Scheuer, die Debatte um nötige Grenzwerte für Stickoxide und andere Schadstoffe sei „masochistisch“?
8. Stellt die Staatsregierung den breiten wissenschaftlichen Konsens über die notwendigen Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxid und deren EU-weit festgelegte Höhe infrage, wie dies der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Andreas Scheuer, tut?
9. Welche Rolle spielt der Verkehr in Bayern nach Meinung der Staatsregierung für den Ausstoß von Treibhausgasen?
10. Teilt die Staatsregierung die Auffassung, dass eine Verkehrswende in Bayern nötig sei? Wenn ja, wie soll diese Verkehrswende aussehen und politisch gestaltet werden?

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild SPD
Flexible Grundschule zum Standard machen
Drs. 18/221, 18/528 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold,
Inge Aures u. a. SPD
Diesel-Diskussion: Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz
gleichzeitig verwirklichen
Drs. 18/225, 18/553 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>